

11. Mai 2022

Stellungnahme des Landesverbandes Baden-Württemberg der DVPB zum Initiativpapier »Einführung eines 4-semesterigen Masterstudiums für das Grundschullehramt an den Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs«

Die DVPB BW unterstützt nachdrücklich das Initiativpapier „Einführung eines 4-semesterigen Masterstudiums für das Grundschullehramt an den Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs“ aus dem Studiengang- und Prüfungsausschuss für die Grundschule (SPA) der PH Ludwigsburg*. Das Papier kritisiert die aktuelle Gestaltung des Masterstudiums für das Lehramt Grundschule. Erstaunlicherweise findet die Hälfte des Masterstudiums im Referendariat statt, das heißt die Studierenden befinden sich im Masterstudium (im Unterschied zu allen anderen Lehramtsstudierenden und vor allem auch den meisten Bundesländern) nur für zwei Semester an der Hochschule. Sie erhalten bei Verlassen der Hochschule nach diesen zwei Semestern keinen Abschluss, sondern müssen hierfür 12 Monate des Referendariats absolvieren. Für diesen Teil des Referendariats werden 60 ECTS-Punkte vergeben, die andere Lehramtsstudierende durch Studienleistungen erbringen. Dabei wurde bereits vor Beginn der neuen Studienordnung sogar von einer Expert*innenkommission der Landesregierung abgeraten.

Die eigenwillige Anlage des Masterstudiums ist in mehrfacher Hinsicht problematisch:

- Es fehlt an Raum für Grundschulstudierende sich mit Fragen und Herausforderungen Politischer Bildung auseinanderzusetzen. Dabei wird in dieser ersten verpflichtenden Bildungsinstanz der Grundstein für die weitere politische Bildung von Kindern und Jugendlichen gelegt. Dem Auftrag der Landesverfassung BW wie auch der Leitfadene Demokratiebildung, dass politische Bildung Aufgabe aller Schulen ist, kann so nicht gerecht werden.
- Grundschulstudierende werden damit in ihren Karrieremöglichkeiten im Vergleich zu allen anderen Lehramtsstudierenden benachteiligt und können ohne Referendariat nicht direkt an den Hochschulen bleiben, um zu promovieren. Dadurch wird eine Förderung des dringend benötigten wissenschaftlichen Nachwuchses insbesondere zu Forschungen im Bereich einer politischen Bildung von Anfang an, massiv behindert. Dadurch wird der Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg beschädigt.

Angesichts fehlender Gründe für diese Anlage, kann nur vermutet werden, dass der Hintergrund einer derartigen Benachteiligung von angehenden Grundschullehrkräften, auch in der sich hieraus ableitenden niedrigeren Besoldungsgruppe, in der strukturellen Diskriminierung einer weitgehend weiblichen Berufsgruppe zu finden ist.

Der Landesvorstand Baden-Württemberg der DVPB e. V.

E-Mail: vorstand@dvpb-bw.de

* Initiativpapier, siehe: https://www.dvpb-bw.de/dokumente/Initiativpapier_Mastersstudium_Grundschullehramt.pdf